

Der **Freifläche Erzähler**,  
**Wochenblatt**  
für  
**Bischofswerda, Stolpen und Umgegend.**

Amtsblatt des königl. Gerichtsamtes und des Stadtrathes zu Bischofswerda.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich zweimal, Mittwochs und Sonnabends, und kostet vierteljährlich 12½ Rgr. Inserate werden die gespaltene Zeile oder deren Raum mit 6 Pf., Anzeigen unter vier Zeilen mit 2½ Rgr. berechnet.

**N<sup>o</sup> 75.** | **Sonnabend, den 20. September.** | **1862.**

**Die jetzige Lage der Zollvereinstriese.**

Wiele Noten, aber leider kein Concert!

Die Sache wird immer verwickelter und es thut Noth, von Zeit zu Zeit einen resumirenden Rückblick auf den Gang der Verhandlungen zu werfen, wenn man nicht von Faden verlieren will.

Mit Einwilligung der übrigen Zollvereinsstaaten hatte also die Krone Preußen mit der französischen Regierung Unterhandlungen gepflogen, durch welche eine Belebung des gegenseitigen Handelsverkehrs angestrebt wird. Ueber die Möglichkeit einer lebendigeren Verbindung des Wirtschaftlebens beider Nachbarvölker zeigt sich nitendso ein Zweifel. Sie ist im Süden so gut anerkannt, wie im Norden.

Auch darüber ist man in München und Stuttgart mit Berlin und Dresden vollkommen einverstanden, das eine wirkliche Belebung des Verkehrs nur dadurch möglich wird, wenn sich der Zollverein und Frankreich dazu verstehen, ihre Zölle beiderseits herunterzusetzen. Bis zur Einbringung der österreichischen Anträge, durch welche die Frage in ein zweites Stadium getreten ist, treten als freitig folgende Momente auf:

**Erste Streitfrage:** Auf süddeutscher Seite wird mehrfach bestritten, daß es vorthellhaft sei, die Tarifreformen in der Form eines zweiseitigen Vertrags mit dem Kaiserstaat in's Werk zu setzen. Deutschland gebe dadurch seine handelspolitische Selbstständigkeit so ziemlich preis, und bringe sich um die Fähigkeit, seine Wege nach eigener Conuenienz zu bestimmen, da dem französischen Reiche durch den Vertrag ein förmliches Recht verliehen werde, in der deutschen Handelspolitik ein Wort mitzusprechen zu dürfen — ein Verhältnis, das um so bedenklicher sei, als Frankreich bei der Ueberlegenheit seiner Macht und seiner einheitlichen Concentration in unverkennbarem Vorthell sein würde. Befürchte doch der preussisch-deutsche Zollkörper aus vielen schwachen, selten einigen Staaten, welche nicht einmal an Volkszahl dem französischen Reiche gleichkommen.

Dagegen wird von preussisch-sächsischer Seite eingewandt: Die Vertragsform ist zu wählen, weil dadurch Frankreich zur sofortigen Herabsetzung seiner Zölle auf deutsche Erzeugnisse verpflichtet wird. Nachdem dieser Staat mit England bereits einen Handelsvertrag abge-

schlossen hat und sich anschickt, mit den übrigen Industrielandern Europas ein Gleiches zu thun, würden die englischen, belgischen u. a. Fabrikanten sofort von dem wichtigen französischen Markt Besitz ergreifen und den vereinsländischen den Rang ablaufen, wenn diese später gleichfalls zugelassen würden.

Die süddeutsche Entgegnung darauf möchte lauten: Es läßt sich erwarten, daß Kaiser Napoleon III., nachdem er einmal A gesagt (sich zu Reduction der Zölle entschlossen hat), auch noch B sagen, d. h. einfach und ohne Vertrag dem Zollverein erklären wird: Frankreich wird seinen Tarif um so viel Procente herabsetzen, in der Erwartung, daß Deutschland ein Gleiches thut! Der französische Monarch bietet die Erleichterung des Verkehrs ja nicht aus philantropischer Gürtlichkeit für die Deutschen an, sondern um den französischen Fabrikanten und Weinen einen ausgedehnteren Markt zu verschaffen. Warum sollte er sich denn nicht mit der einfachen gleichzeitigen Herabsetzung der Zölle durch die Vereinsstaaten begnügen, ohne daß sich diese und er selbst die Fesseln eines Vertrags auflegen ließen, dessen Tragweite gar nicht zu übersehen ist?

**Zweite Streitfrage:** Von den süddeutschen Staaten wird dem Vertrag ferner entgegengesetzt, daß die Reduction des Tarifs nicht auf den Grundsatz beiderseitiger Gleichheit, sondern bei vielen Vorken in einer Weise festgesetzt sei, welche die französischen Waaren bei der Einfuhr in Deutschland mit viel geringeren Zöllen belaste, als die deutschen, wenn sie in Frankreich eingeführt werden sollen. Auch seien viele Industriezweige in Deutschland noch viel zu wenig entwickelt, um nach Herabsetzung der Zölle, wie solche jetzt vorgeschlagen, die Concurrenz mit der hochentwickelten französisch-englisch-belgischen Industrie ertragen zu können. Namentlich die Eisengewerbe, Tuchfabriken, Spinnereien &c.

Preußen und Sachsen behaupten dagegen: Kaiser Napoleon habe ausdrücklich erklärt, daß er es nicht anders thun werde. Bei Feststellung der Tarifsätze habe er auf seinen Vertrag mit England Rücksicht nehmen müssen und lasse sich trotz aller Anstrengungen der preussischen Unterhändler auf ein Weiteres nicht ein.

Daß durch das Neue einzelne Fabriken leiden müßten, sei unerheblich, da andere dagegen mehr Vorthell haben würden. Die Annäherung an den Freihandel

Sechzehnter Jahrgang.)